



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/141

20. November 1948

Gefahr für Bonn

sp. Die Bonner Situation ist plötzlich sehr stark unter dem Aspekt internationaler Bindungen zu sehen. Konnte man schon zur Zeit der Vorbereitung und der Entstehung dieses westdeutschen Zwischenparlaments nach sozialdemokratischer Auffassung nicht die starke außenpolitische Hypothek übersehen, die auf seiner künftigen Arbeit von Beginn an lasten werde, so hat sich inzwischen gezeigt, daß heute Gesichtspunkte der sogenannten großen Politik zum beherrschenden Faktor geworden sind. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Militärgouverneure ihre Unzufriedenheit in erster Linie bei den deutschen Stellen abladen.

General Robertson hat dieser Tage dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates inoffiziell mitgeteilt - eine entsprechende offizielle Stellungnahme wurde angekündigt, die sich vor allem auf acht Punkte beziehen soll - die Besatzungsmächte hätten gegenüber der bisherigen Arbeit des Parlamentarischen Rates und ihren Ergebnissen erhebliche Bedenken. Es ist weiter bei dieser Gelegenheit abermals auf die Termine hingewiesen worden, die unter allen Umständen einzuhalten seien.

In diesem Zusammenhang muß eingeschaltet werden, daß die Sozialdemokratie alles getan hat, um in den entscheidenden Fragen mit der CDU/CSU zu einer Vereinbarung zu kommen. Wenn schließlich selbst die Aufgabe des Senatsprinzips und das Nachgeben in anderen Fragen nicht genügt hat, dann waren daran die tiefen Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Gruppen der Christlich-demokratischen Arbeitsgemeinschaft schuld. Außerdem hat die SPD in jeder Phase der Bonner Beratungen auf Beschleunigung gedrängt, und sie hat wiederholt offen ausgesprochen, wieviel ihr an einer Einigung auf möglichst breiter Grundlage gelegen sei. Selbst von der Gegenseite konnten ihr keine echten Vorwürfe deswegen gemacht werden, daß sie sich nicht mit der Annahme des kuriosen Dreikammer-Projektes befreunden konnte, weil diese Idee niemals den Charakter eines ernstgemeinten Kompromißvorschlages angenommen hat.

Der hauptsächliche Störungsfaktor aber liegt in der französischen Haltung, die sich in letzter Zeit immer mehr versteift hat. Die offiziell noch unausgesprochene französische Forderung,

die Bonner Beschlüsse abzulehnen und damit die westalliierte Politik in einem ihrer wesentlichsten Bestandteile zu sabotieren, beherrscht das Bild. Pertinax hat dieser Tage ganz offen erklärt, Amerikaner und Engländer sollten sich in der Frage der Ruhr nicht allzu stark fühlen und er hat ohne Umschweife das Druckmittel genannt, das Frankreich mit seiner notwendigen Zustimmung zu einer westdeutschen Neuordnung in der Hand hat. In England hat die "Times" wenn auch sehr vorsichtig, Bevin zu stärkerer Berücksichtigung französischer Wünsche angeregt.

Damit sind im Grunde alle Bemühungen in Bonn selbst plötzlich infrage gestellt. Erschreckend deutlich ist klar geworden, worüber es bei der Sozialdemokratie freilich noch nie einen Zweifel gegeben hat, wie sehr Bonn ein Provisorium ist und daß Beschlüsse des Parlamentarischen Rates ein auf äußerst schwankendem Fundament errichtetes Gebäude bleiben, solange Deutschland Spielball der Besatzungsmächte ist. Besonders schlimm ist dabei, daß die Besatzungsmächte auch heute noch nicht nur durch den großen Gegensatz Westen-Osten, sondern auch innerhalb der Westsphäre durch die angelsächsisch-französischen Meinungsverschiedenheiten aufgespalten sind. Es hieße Illusionspolitik treiben, wollte man in Deutschland dies verkennen und nicht auch entsprechende Schlußfolgerungen für das eigene Verhalten, daraus ziehen.

Flucht aus Aue - Schwerverbrechen

sp. Die Flucht von Arbeitern aus dem sächsischen Uranbergbau hat solche Ausmaße angenommen, daß die sächsischen Behörden sich veranlaßt sehen, eigene Richtlinien für die Fahndung nach solchen flüchtigen Bergarbeitern auszuarbeiten. Demnach kann die Bergwerkspolizei bereits in Aktion treten, wenn ein Bergarbeiter auch nur kurze Zeit unbegründet dem Arbeitsplatz fernbleibt. Als juristische Begründung für das Vorgehen wird das Kontrollratsgesetz Nr. 3 über die Arbeitsverpflichtung herangezogen. Das Vergehen wird zur kriminellen Handlung, wenn der Flüchtige Arbeitskleidung des Werkes am Körper trägt. Nur Bergarbeiter, die sich freiwillig verpflichtet haben, die also nicht aufgrund des Kontrollratsbefehls eingewiesen worden sind, werden nicht von den Polizeiorganen oder dem schöffengerichtlichen Dezernat gesucht, ihr Vergehen wird als Arbeitsvertragsbruch beim Arbeitsgericht geahndet. Besteht dagegen die Möglichkeit, eine kriminelle Handlung zu konstruieren (Flucht eines Zwangsverpflichteten unter Mitnahme werkseigener Bekleidung) dann ist das Kriminalamt Zwickau, Kommissariat K 7 b zuständig, das die Fahndungen durchführt. Die formalen Bedingungen der Fahndungen sind die gleichen wie bei Schwerverbrechern: Ausschreibung im Zonenfahndungsbuch, Druck von Fahndungskarten für alle Fahndungskarteien der Ostzone, Zuständigkeit des schöffengerichtlichen Dezernats usw. Aufgegriffene flüchtige Bergarbeiter werden dem "Bewährungshaftlager Zwickau" zugeführt. Dabei sind die Gefangenenkurswagen der Reichsbahn in Anspruch zu nehmen.

Nuancen in der skandinavischen Politik

K.K. In den letzten Wochen haben die Bestrebungen Norwegens, Schwedens und Dänemarks, die Möglichkeiten einer Koordinierung der militärischer Verteidigung zu erörtern, verstärkten Auftrieb erfahren. Die bisherigen Erörterungen haben gezeigt, daß der gute Wille, zu einem positiven Ergebnis zu kommen, bei allen Beteiligten vorhanden ist. Anders scheint es jedoch mit der Voraussetzung zu einer erfolgreichen gemeinsamen Militärpolitik zu sein, nämlich mit der Außenpolitik der drei Länder. Es ist kein Geheimnis, daß sich Norwegen stark zum Westpakt hingezogen fühlt. Die norwegische Presse erörtert offen die Frage, ob der Beitritt Norwegens zum Westpakt nicht auf alle Fälle und ohne Rücksicht auf das noch immer sehr zögernde Schweden-erfolge solle, das seine traditionelle Neutralitätspolitik fortsetzen will. Nach schwedischer Ansicht müßte ein skandinavischer Pakt diese Neutralitätspolitik unterstützen und dürfte unter keinen Umständen als verlängerter Arm des Westpakt gelten können. Bisher ist es den Bemühungen der norwegischen Politiker noch nicht gelungen, den Standpunkt Schwedens auch nur im geringsten zu erschüttern. Dieser Standpunkt ist diktiert nicht zuletzt durch eine weitgehende Rücksichtnahme auf Finnland, das durch einen Beitritt Schwedens zum Westpakt gegenüber dem Osten mehr exponiert wäre als bisher.

Die skandinavischen Politiker bemühen sich, diese Gegensätze nach außen als möglichst geringfügig erscheinen zu lassen. Der dänische Premierminister Hedtoft sprach dieser Tage in einem Zeitungsinterview über "Nuancen" in den außenpolitischen Auffassungen der norwegischen und der schwedischen Regierung. Gleichzeitig ließ Hedtoft erkennen, daß die Auffassung der dänischen Regierung ungefähr die Mitte hält. Er kleidete es in die Worte, "... daß ich es nicht als dänische oder nordische Aufgabe betrachte, Schritte zu unternehmen, welche die Spannung zwischen Ost und West vergrößern könnten... Für mich ist es klar, daß eine enge militärische Zusammenarbeit der skandinavischen Länder sowohl den Frieden der Welt als auch unsere Chancen verstärken würde, außerhalb eines kommenden Konfliktes zu bleiben... Ich will noch sagen, daß es keine Schande für Dänemark ist, wenn es die Nuancen auszugleichen versucht, die es in der Stellungnahme der skandinavischen Länder gegenüber diesem Problem gibt".

Es handelt sich also um "Nuancen" in der Außenpolitik. Allerdings um solche so grundlegender Art, daß man sich fragen muß, ob sie von der klaren Bereitschaft zu militärischer Zusammenarbeit paralytisch werden können. Es ist möglich, daß Norwegen den Ausweg wählt, sich dem Westpakt und einem skandinavischen Neutralitätspakt anzuschließen. In diesem Falle könnten die "Nuancen" sicherlich

bestehen bleiben. Aber welchen Pakt würde Norwegen im Ernstfalle ernst nehmen: den Westpakt oder den skandinavischen Neutralitätspakt? Jedenfalls ist sich der dänische Premierminister über die Bedeutung der "Nuancen" klar, und er sucht sie zu beseitigen. Das diplomatische Spiel, das eine Verkettung von Westpakt und skandinavischem Neutralitätspakt mit Norwegen als verbindendes Glied erreichen will, ist gefährlich in einer Zeit, da man nicht auf zwei Stühlen sitzen kann. Vielleicht wird die Kompromißformel darin bestehen müssen, daß Schweden stillschweigend den skandinavischen Neutralitätspakt als eine Ergänzung des Westpakt betrachtet. Jedenfalls haben die Versuche, eine gemeinsame Verteidigung zu schaffen, nur dann einen Sinn, wenn es gelingt, die "Nuancen" zu beseitigen, die es in der skandinavischen Außenpolitik gibt. Die Vermittlermission Dänemarks mag wichtig sein. Wenn man sich aber daran erinnert, daß noch vor Jahresfrist Schweden sich beharrlich weigerte, auch nur einen Neutralitätspakt mit den anderen skandinavischen Ländern zu diskutieren, darf man vielleicht die Hoffnung haben, daß noch mehr als Dänemark die weltpolitische Entwicklung zum Verschwinden der "Nuancen" beitragen wird.

Titos kominformistische Gegner

sp. Die jetzigen Vorbereitungen des Kominform zum entscheidenden Schlag gegen Tito geben Anlaß, sich mit den Persönlichkeiten dieses "Vereinigten Generalstabs der kommunistischen Expansion" zu beschäftigen. Es ist anzunehmen, daß die letzten Beschlüsse über die zu treffenden Maßnahmen auf einer Vollversammlung dieses Büros getroffen werden, das sich in seiner Zusammensetzung allerdings sehr von der des 28. Juni unterscheiden wird, auf der die Ausstoßung Titos und der jugoslawischen KP beschlossen wurden.

Der Platz des damaligen Vorsitzenden der Versammlung und Führers der sowjetischen Delegation, Shdanow, wird von Kalenkov eingenommen werden. Er wird nur zu gern die Gelegenheit ausnutzen, Shdanows außenpolitische Ambitionen zu übernehmen. Zwar kann er sich an geistiger Reife und sprachlicher Gewandtheit mit Shdanow nicht messen, dafür besitzt er aber mehr Willenskraft und ist ein ausgesprochenes Fanatiker, was ihm das besondere Vertrauen Stalins eingebracht hat.

Neben der sowjetischen hat die rumänische Delegation verachtet, sich seit der Tito-Affäre eine einflußreiche Stellung im Büro zu schaffen. Nicht ohne Grund ging das Büro von Belgrad nach Bukarest. Das ist weniger das Verdienst des Delegationsführers Georgiu-Dej als des anderen Vertreters, Anna Pauker. Möglich, daß ein alter Haß, begründet in Titos Spottlust, sie zu einem so entschiedenen Feind des Marschalls gemacht hat. Jedenfalls nimmt sie jede Gelegenheit wahr, ihn auch persönlich anzugreifen und die Einheitsfront gegen Jugoslawien zu stärken. Mit unbedingter Treue zur Parteilinie können die

Sowjets auch bei der polnischen und bulgarischen Delegation wehrlos, weil diese, mit einem schlechten Gewissen belastet, allen Grund haben, jetzt nicht unangenehm aufzufallen. Die polnische Delegation wird nach den "ideologischen Irrtümern" des inzwischen abgesetzten kommunistischen Generalsekretärs Gomulka von dem farblosen Berman geführt, dem als alter Praktiker Sawadski beigegeben ist. Dimitroffs Vertreter sind Kostoff und Tschervenoff, denen das letzte Peter Pecavi ihres Herrn wohl der beste Anschauungsunterricht dafür war, daß es unzweckmäßig ist, eigene Pläne zu haben die nicht vorher die Billigung des Moskauer Politbüros gefunden haben.

Schwieriger liegt der Fall bei der tschechoslowakischen und ungarischen Delegation. Der Führer der Tschechen, Generalsekretär Slansky, hatte schon große Schwierigkeiten, die bisher vom Konform angeordneter wirtschaftlicher Sanktionsmaßnahmen bei seinen Ministerkollegen durchzusetzen, denn Jugoslawien war der beste Abnehmer der tschechoslowakischen Leichtindustrieerzeugnisse, und sein Ausfall hat die Handelsbilanz des Zweijahresplanes etwas durcheinandergebracht. Slansky dürfte also mehr für einen Ausgleich mit Tito stimmen, wenn es nicht möglich sein sollte, diesen durch eine schnelle Aktion zur Kapitulation zu zwingen. Auch Ungarns Vertreter, Generalsekretär Rakosi, veranlassen wirtschaftliche Notwendigkeiten, für eine baldige Beilegung des Konfliktes einzutreten.

Die KP Frankreichs und Italiens sind nicht so stark am Geschehen auf dem Balkan interessiert, daß sie im Falle Tito Schwierigkeiten machen könnten. Sie dürften auch nicht von ihren Führern vertreten werden, denn Togliatti ist noch Rekonvaleszent, und die französische Abordnung wurde schon immer von Duclos geleitet. Das sind also die Persönlichkeiten, denen gegenüber Tito sein Leben und sein Werk zu verteidigen hat. Wird ihm sein bisheriges Glück auch weiterhin treu bleiben? A.W.

Angriff + Broadway = Strasser

sp. Wie der in diesem Fall hoffentlich nicht sehr geneigte Leser gemerkt haben wird, handelt es sich bei vorstehender Überschrift mitnichten um eine chemische, sondern leider um eine politische Formel. Sie umreißt eine Neuerscheinung im Zeitungsliberalismus Deutschlands und will zwei sich vermählende Elemente und das sich aus ihnen ergebende Produkt in einer Zeile darstellen.

Vor uns liegt eine "illustrierte Wochenschrift aus dem Zeitgeschehen", die das Glück hat, in diesen papierarmen Tagen wöchentlich 12 mal 200 000 Seiten auf den Markt werfen zu dürfen. Diese von Fortuna oder wer weiß von wem so offensichtlich begünstigte

Wochenschrift nennt sich schlicht und einfach "7 Tage", erscheint in Konstanz - ist also französisch lizenziert - und läßt einen in weitesten Journalistenkreisen völlig unbekanntem Herrn August Später verantwortlich zeichnen. Trotzdem (Spötter sagen: eher deswegen hat Später's Kind Schwung und Schminke - auch Linie, wenn auch keine gute. Aufmachung: Balkenüberschriften, rote Kreise und Unterstreichungen, wilde Bildmontagen (Sex + Biedarmeier), Schlagzeilen von links unten nach rechts oben. Kurz: Angriff + Broadway!

Der erste Artikel auf dem Titelblatt der ersten Nummer ist überschrieben: "Dr. Otto Strasser" - Ja, und dann beginnt Otto Strasser. Ziemlich genau dort, wo er 1933 aufgehört hat! Er berichtet natürlich zunächst über "seinen Kampf" gegen Hitler. Was für hervorragende Antifaschisten hatte doch das deutsche Volk zu allen Zeiten! Die Welt wird uns um sie beneiden! Nach dem Stehkragenfürst der NS-Notenpresse nun der Herr der "Schwarzen Front". Es fehlt nur noch, daß beide Schiller zitieren: "Arm in Arm mit Dir fordere ich zwar nicht mein Jahrhundert, wohl aber die Erben 'unseres Trümmerdeutschland' in die Schranken!"

Herr Strasser bescheinigt sich in seinem Aufruf "An mein Volk", daß er immer ein guter Deutscher und hervorragender Kämpfer gewesen sei. Er setzt sich gebührend von den "Literaten" und "Schreib-tisch-Politikern" ab und verweist auf Hunderte von Anhängern, die im Kampf gegen Hitler gefallen sind. Und er unterzeichnet, nachdem er seinem Volk zugerufen hat: Halte aus, ich komme!, unter der romantischen Formel: Am Ort des unfreiwilligen Exils....

So weit, so schlecht. Wir haben dazu aber zu sagen, daß wir um mehr als einige Hundert Opfer wissen, nämlich um Millionen. Und daß diese Millionen im ehrlichen Kampf gegen einen Moloch gefallen sind, den Strasser 12 Jahre lang mit aufpäppelte. War es nicht so, daß sich zwei Gangsterbänden darum stritten, wer den ehrlichen Bürger Demokratie ermorden dürfe, und wie er ermordet werden sollte? Und ist es nicht so, daß die Überlebenden der unterlegenen Bande nunmehr von den Erben des Opfers einen Staatsempfang fordern, weil sie ja einen "gemeinsamen Feind" hatten?

Herr Strasser macht es sich - und uns - sehr leicht. Auf Seite 5 beginnt er nämlich unter dem Titel "Hitler und ich" nicht etwa zu beweisen, daß er nun doch in Kanada ein Demokrat oder gar ein Gegner der Antisemiten geworden ist. Außerdem war Strasser natürlich immer "Sozialist", natürlich haßte er Hitler immer - auch in den 12 Jahren, als sie Spießgesellen waren und er hoher Funktionär in braunen Stiefeln wurde. Wir wollen aber das Wichtigste festhalten: Im Jahre 3 des großdeutschen Bakrotts wurde eine Zeitung lizenziert, die offensichtlich nur das Ziel verfolgt, einem anerkannten Faschisten zum Sprachrohr zu dienen. Denn alles Drum und Dran ist nur

Garnierung: Das viele Papier, die vielen harmlosen Bilder und Notizen, die Geschichten und Geschichtchen über Graf Zeppelin und die Atombombe, die verwaschenen Porträts von Adenauer und Carlo Schmid (müssen sich eigentlich anständige Demokraten in so eine Gesellschaft zerren lassen?) - das alles ist, wie gesagt, Rahmen. Des Pudels Kern ist der "Schwarze-Front-Otto".

Und darüber sollten wir einmal nachdenken! Wir Deutschen, wir Amerikaner, wir Engländer. Und - last not least - wir Franzosen!

HFK

- Neue Arbeitspolitik der englischen Gewerkschaften

sp. Mit riesiger Mehrheit wurde auf einer dieser Tage in London abgehaltenen Konferenz, an der auf Einladung des Generalrats des TUC über 1000 Gewerkschaftsführer aus allen Bezirken Englands teilnahmen, der Beschluß des Generalrats des Gewerkschaftskongresses gutgeheißen, sich mit allen Kräften für die Steigerung der Produktion einzusetzen. Die Konferenz, die lediglich einberufen worden war, um die Frage der Produktionssteigerung zu erörtern, ist ein Markstein in der englischen Gewerkschaftsbewegung, denn sie ist gleichbedeutend mit der Abkehr von der bisherigen und dem Beginn einer neuen Gewerkschaftspolitik. Will Lawther, der Präsident des TUC, fand für diesen Wechsel eine treffliche Formulierung, als er sagte: "Es gab eine Zeit - und sie ist noch nicht so lange her - da pflegte ich jedem Bergarbeiter und jeden anderen Arbeiter den Rat zu geben: kämpfe gegen die Maschine, denn sie kann Dich Deine Stellung kosten. Das war in den schlechten Tagen des Elends und der Arbeitslosigkeit. Jetzt aber, da alle Betriebe voll beschäftigt sind, ist die Maschine, die gestern noch der Feind des Arbeiters war, dessen Freund geworden. Die höchstmögliche Rentabilität ist nicht mehr länger die ausschließliche Angelegenheit des Betriebsführers. An ihr muß heute jedermann interessiert sein, gleichgültig ob er in der Fabrik, im Bergwerk, auf einem Bauernhof oder in Büro arbeitet. Wenn wir die wirtschaftliche Krise überwinden wollen, müssen wir neue Methoden, neue Maschinen und eine verbesserte Technik haben und müssen die menschliche Arbeitskraft, unser kostbares Gut, denkbar gut verwerten.

Auf den kürzesten Nenner gebracht, lautet die neue Politik der englischen Gewerkschaften: Der Arbeiter muß erst mehr produzieren, ehe er höhere Löhne fordern kann und das Recht auf Arbeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Recht auf eine bestimmte Arbeit und an einem bestimmten Platz. Diese neue Politik der englischen Arbeiterschaft plausibel zu machen, wird nicht immer leicht fallen, man ist aber überzeugt, daß die acht Millionen organisierter englischer Arbeiter den Gewerkschaften ebenso folgen werden, wie bisher.

(b/B.65/2/2011/ns)